

12. JAN. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 888 890

F. VIEL: 10 - 22. Januar 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Bekanntnis zu den Vereinten Nationen</u>	53
	Zur Jahresbotschaft Kennedys an die amerikanische Nation	
2 - 3a	<u>Die Gefahr der Unkenntnis</u>	121
	Ein Beitrag zur deutschen Verteidigungspolitik Von Helmut Schmidt	
3a	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u>	
	<u>Folter</u>	29
4 - 5	<u>Drei Wahlen in Finnland</u>	62
	Karhonen will wieder an die Macht Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Racton	
6	<u>Arrest als politischer Faktor</u>	28
	Vor einem neuen Putsch in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
6	<u>Die Arbeiternehmer nennen "Gesamt-Metall"</u>	14
	Protestkundgebungen in Baden-Württemberg	
7	<u>Um Eum und die anderen</u>	39
	Bonner Erfahrungen eines Eudhlisten	

* * *

Bekanntnis zu den Vereinten Nationen.

sp. - Wichtigste Einschätzung einer gefährvollen Weltlage, der Glaube an die Macht und Stärke der Vereinigten Staaten, an die Kraft der atlantischen Gemeinschaft, der Wille, mit der Sowjetunion unter ehrenhaften Bedingungen eine friedliche und für beide Seiten annehmbare Lösung der Berlinfrage zu erzielen und die Zusammenarbeit mit der nichtkommunistischen Europa durch den Abau von Zäunen auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu vertiefen, kennzeichnen den Jahresbericht Kennedys an die amerikanische Nation. Im Vergleich zu seinem ersten Auftritt als neu gewählter Präsident vor dem amerikanischen Kongress in Januar des vergangenen Jahres mag Kennedys jetziger Bericht weniger schauungsvoll sein; er hat im Laufe des vergangenen Jahres einige schwere Enttäuschungen hinnehmen müssen.

Seine Wiener Begegnung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, die Verschärfung der Situation um Berlin, die unhaltenden Versuche der Sowjetunion, bestehende Krisenherde zu schüren und neue zu entfachen, brachten den Präsidenten zuweilen in arge Bedrängnis und manch bitterer Tropfen fiel auf hochgespannte Erwartungen. Aber niemals in diesen vergangenen 12 Monaten war die Führungsrolle der Vereinigten Staaten ernsthaft infrage gestellt, musste sogar der mächtigste Mann im Kreis die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass auch für ihn nicht alle Stützpunkte weichen. Die Vereinigten Staaten stehen mächtiger als je da, ihr Einfluss ist in allen Kontinenten zu spüren, ihre Bindungen zu den Verbündeten sind stärker geworden und ihre wachsenden Bemühungen um die nicht gebundenen Länder tragen gute Früchte, Kennedy hat ein schweres Erbe angetreten müssen, das ihm zunächst die Hände band.

Als wichtigstes Instrument für die Erhaltung des Weltfriedens nannte der amerikanische Präsident die Vereinten Nationen. Für manche europäischen Staatsmänner und Politiker mag dies überraschend klingen. Es geht heute gewissermaßen zum guten Teil, die Vereinten Nationen zu schmähen, weil sie nicht in der Lage waren, kriegerische Ausbrüche zu verhindern, ja, selbst gerötigt sind, wie im Kongo, Krieg zu führen, Kennedy sieht "wenig Verdienst in der Ungeduld derer, die dieses unvollständige Instrument fallen lassen wollen, weil sie unsere unvollständige Welt nicht mögen". Die Vereinten Nationen sind so stark, wie es ihre Mitglieder wollen. Sie können keine Wunderdinge verrichten, aber sie sind die einzige denkbare Institution, in der sich Freunde und Gegner auf weltweiter Bühne begegnen. Die moralische Kraft der UNO hat bewirkt, dass es bisher noch keinen Mitgliederstaat zum Austritt gelangtete, ganz zum Unterschied von seinerzeitigen Genfer Völkerbund, der an Mitgliederschwund krankte und sich damit zur Ohnmacht verurteilte. In einer Welt, die zunehmend zur Einheit wird, sind die Vereinten Nationen die einzige Hoffnung zur Bildung eines Weltbewusstseins. Manche Institutionen, deren begrenztes Wirken nicht mehr aus dem Völkerleben wegzudenken ist, haben viele Anstrengungen gemacht, sie sie das Gewicht und die Autorität besessen, die ihnen heute zukommen. Die Idee der Vereinten Nationen, Frucht des zweiten Weltkriegs, kann für sich die Zukunft beanspruchen, sofern die Welt nicht dem Wahnsinn verfallen, kollektiven Selbstmord zu begehen.

Kennedys Jahresbericht, der die Grundzüge für das Regierungsprogramm von 1962 festlegt, dürfte nicht ohne hartnäckigen Widerstand in Kongress über die Bühne gehen. Seine kluge Perspektive einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa als Antwort auf die kommunistische Herausforderung unserer Zeit wird ihn in eine Auseinandersetzung mit beharrlichen konservativen Kräften bringen. Für Kennedy und seine Regierung sprechen jedoch die Erfordernisse unserer Zeit.

Die Gefahr der Unkenntnis

Von Helmut Schmidt

Der Hamburger Senator und frühere Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt veröffentlicht in "Semester-Spiegel" der Universität Münster den folgenden Aufsatz, der über den Kreis der unmittelbar Angesprochenen hinaus Aufmerksamkeit beanspruchen kann.

*

Wenn es in wehrpolitischen Gesprächen um die Verteidigung Europas geht, hört man bisweilen, es sei für uns Deutsche unsinnig, an fiktiver, hypothetischer Erwartung oder Prognose für einen möglichen zukünftigen Krieg besondere Vorsorge zu treffen: Denn erstens käme doch alles ganz anders und zweitens würde in einem zukünftigen Krieg Deutschland jedenfalls physisch vernichtet werden. In beiden Sätzen steckt ein erheblicher Kern an Wahrheit - gleichwohl sind beide Aussagen recht unzureichend, wenn man den Vorsatz verantwortlichen Denkens und Handelns unterstellt. Es gibt übrigens eine ganze Reihe ähnlicher gefühlkräftiger Aussagen: "Jeder zukünftige Krieg wird ein Atomkrieg sein"; "Es wird keinen Krieg mehr geben, denn kein Staatsmann könnte es wagen, die Menschheit zu vernichten"; "Keine Atommacht wird es sich leisten, eine Niederlage hinzunehmen, ohne von ihren Atomwaffen Gebrauch zu machen". In all solcher Meinungen steckt viel zu wenig Wahrheit, ebenso sehr steckt Unwahrheit darin und Fatalismus und Unbesonnenheit.

Überhaupt sind im Laufe der letzten Jahre in Deutschland Ergebnisse nüchternen Durchdenkens unserer militärpolitischen Lage kaum ausreichend öffentlich zum Ausdruck gekommen. Das gilt nicht nur für die beiden grossen Parteien im Bundestag, sondern das gilt ganz besonders auch für die deutsche Presse und die deutschen Universitäten. Die deutsche Öffentlichkeit ist allzuoft nur mit vordergründigen, mit unechten Argumenten, mit Pseudargumenten und mit blosser Polemik bedient worden. Das lag nicht einmal so sehr an einem Mangel guten Willens, als vielmehr an der unzureichenden fachlichen Information der an der Diskussion beteiligten Politiker, Journalisten und Professoren.

Was ist Strategie ?

Zweifellos ist militärische Taktik ein Handwerk, das man beruflich als Soldat gelernt haben muss. Es ist ein Bereich, in dem die Politiker kaum etwas zu suchen haben. Strategie dagegen muss angebracht werden als die Ebene der kombinierten ausserpolitischen und militärischen Grundentscheidungen, als politische Auftragserteilung an die Militärs.

Die Strategien der Abschreckung und Gegenabschreckung sind in besonderem Masse vom Bereich militärischer Kalküle entfernt. Sie spielen sich weitgehend im Bereich der politischen Psychologie ab, für welchen Soldaten am allerwenigsten ausgebildet sind. Die politische Gesamtstrategie, ob sie nun die Abrüstungspolitik, die eigene Rüstungsstruktur, laufende ausserpolitische Angelegenheiten, ausserpolitische Zielsetzungen von mittlerer oder weiterer Sicht betrifft oder ob sie sich auf akute Krisen und Notlagen bezieht, kann nur eine Sache der politischen Führung sein. In einer Demokratie kann kein Politiker die Verantwortung für strategische Entschlüsse auf die Militärs abwälzen. Uebersowenig kann in einer Demokratie darauf verzichtet werden, dass die -3-

Entscheidungen der politischen Führung von der öffentlichen Meinung verstanden und gebilligt werden.

Es ist deshalb beklagenswert, dass die öffentliche Meinung über strategische Fragen so schlecht unterrichtet ist. Soweit unsere Professoren und Militärs über militärische oder strategische Probleme schreiben oder Vorträge halten, soweit handelt es sich fast ausschliesslich um die Behandlung vergangener Ereignisse. Militärische Autoren verfolgen überdies sehr weitgehend den zwar legitimen, nichtsdestoweniger aber häufig schmerzhaften typischen Memoirenzweck der Selbstrechtfertigung. Bei dieser Lage ist die bisher in Deutschland erschienene Literatur zu strategischen Fragen der Gegenwart insgesamt kaum geeignet, unsere gegenwärtige Lage zu durchdringen. In der Sowjetunion ist das anders; noch viel besser entwickelt ist die öffentliche strategische Diskussion in der Form von Zeitschriften, Büchern, Vorlesungen und Seminaren in England und vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Strategie als Gesellschaftswissenschaft

Es muss wundernehmen, dass solche Arbeiten in Deutschland so selten sind, denn eigentlich eignet sich das Gebiet militärischer Strategie durchaus für wissenschaftliche Durchdringung, es eignet sich sogar besser als etwa zeitgenössische Aussenpolitik, die in Deutschland von der Wissenschaft ebenfalls kaum behandelt wird. Die deutschen Universitäten beschäftigen sich lieber mit der Aussenpolitik vergangener Epochen. Dabei sind politische wie militärische Strategie tatsächlich wissenschaftlicher Durchdringung relativ gut zugänglich, schon weil die zugrunde liegenden Tatsachen wesentlich offenkundiger sind und weniger der Interpretation bedürftig als diejenigen mancher anderer Gesellschaftswissenschaften. Die Strategie ist als Gesellschaftswissenschaft in mancher Beziehung der Nationalökonomie ähnlich oder vergleichbar. Das gilt nicht nur wegen der beiden Disziplinen zugrunde liegenden ökonomischen Prinzipien, sondern insbesondere auch wegen der Methodik der Erkenntnisfindung. In beiden Disziplinen arbeiten wir mit theoretischen Denkmodellen, die schrittweise an die komplizierten Daten tatsächlicher Situationen angepasst werden. Es ist kein Zufall, dass insbesondere in den USA eine grosse Zahl nationalökonomischer Wissenschaftler auf das Feld strategischer Analyse hinübergewechselt sind.

Strategie und Bildung

Wenn es richtig ist, dass eine Demokratie auf die Dauer nur dann lebensfähig ist, wenn eine grössere Zahl der Staatsbürger mitemfindend und mitbestimmend an den politischen Entscheidungen Anteil nimmt, dann müssen wir mit grosser Sorge beklagen, dass das Feld der Verteidigungspolitik in unserem Lande bisher weitgehend von jeglicher informierter öffentlicher Diskussion ausgespart worden ist. Dieses Feld darf aber nicht ausgespart bleiben. Ich habe deshalb die mir eingeräumten Zeilen nicht benutzt, um eine knappe Zusammenfassung und für den Durchschnittsleser simplifizierte "Grundatzkonzeption" der Sozialdemokraten darzulegen, sondern ich möchte vielmehr an den akademischen Bürger und an den Staatsbürger schlechthin appellieren: Schaffen Sie sich endlich die wissenschaftlichen Voraussetzungen, Sie Kenntnisse und die Urteilsfähigkeit, die man braucht, um die strategischen Konzeptionen anderer zu beurteilen. Verteidigungs- und Abrüstungspolitik dürfen weder in der camera obscura allein entschieden noch auf dem Jahrmärkte politischer Polemik alleinstehend debattiert werden. Weder darf ein Verteidigungsminister als allein kompetente Person für strategische

Fragen gelten, noch darf der Bürger sich auf die in unserem Lande besonders gepflegte Stammtisch-Strategie beschränken.

Die politische Allgemeinbildung eines Staatsbürgers muss mehr umfassen, als gekennnt an unseren Universitäten bis heute angenommen wird. Das Feld, von dem wir hier gesprochen haben, ist nicht nur hochinteressant, es kann für uns alle von politisch entscheidender Bedeutung werden - negativ wie positiv. Fehlentscheidungen könnten den Frieden und die Existenz unseres Volkes aufs Spiel setzen.

Ich glaube, im Namen aller sozialdemokratischen Parteifreunde zu schreiben, wenn ich deshalb an den Studenten und an den Professor gleichermaßen die Bitte richte: Überlassen Sie dieses Feld nicht ausschließlich denen, "die da oben" die Hotel der Macht in Händen halten.

+ - +

Aus dem Zeitgeschehen:

Wolter

Wir haben uns angewöhnt, unmenschliche Exzesse mit dem "Mittelalter" in Beziehung zu setzen, dem zudem allgemein noch das Beiwort "finstern" gegeben wird, wobei man freilich nicht selten übersieht, welche aufgeklärte Züge selbst diese "finstern" Ära hatte. Aber ist das Mittelalter und sind seine oft barbarischen Methoden heute selbst fort überall überwunden, wo die Macht des modernen Totalitarismus nicht hinzureichen vermag? Manchmal macht es sich die Welt, die sich so selbstwiderlich die "Freie" nennt, allzu leicht mit der Verdammung von Vergessen gegen die Grundrechte des Menschen. In Selbstverständnis des sicheren Besitzes dieser Güter wird nicht selten übersehen, daß Dinge geschehen, die gegen Freiheit und Menschenwürde verstoßen. Man mag beispielsweise über den Südtirol-Konflikt denken, wie immer man will; aber es ist erschütternd, wenn man sich die seltsame Fügung des Zufalls vor Augen führt, daß nun schon zwei Südtiroler Häftlinge innerhalb kurzer Zeit in italienischen Gefängnissen gestorben sind. Bis zum Beweis des Gegenteils läßt sich aus solchem Zufall nur der Verdacht ableiten, daß die Polizei an diesen Inhaftierten mittelalterlich anmutende Foltermethoden angewandt hat, die schließlich zum Tode führten. Zwar liegt der Obduktionserbefund des jüngsten Opfers, Anton Gostner, noch nicht vor, aber das österreichische Außenministerium gibt an, im Besitze des ganzen belastenden Materials zu sein, das die erhobenen Vorwürfe unmenschlicher Quälerei belegt, und auch der Bischof von Brixen hat in einem Hirtenbrief darauf gedrungen, daß eine sofortige Untersuchung eingeleitet wird. Wenn es schon, was für sich traurig genug ist, von Beteiligten nicht gelingen mag, den unsaligen Streit über Südtirol im europäischen Geiste beizulegen, dann sollte wenigstens - in diesem Falle - die Europäische Kommission für Menschenrechte ihres Amtes walten und künftig verhindern, daß sich wiederhole, was den beiden Südtirolern, Höfler und Gostner, offenbar angetan worden ist.

Entnommen der Stuttgarter Zeitung

* * *

Drei Wahlen in Finnland

Von unserem Korrespondenten Adolph Rasten

Durch einen überaus energischen Wahlkampf versuchen die finnischen Parteien die Bevölkerung für den 15. und 16. Januar politisch zu mobilisieren. An diesen beiden Tagen finden die Elektorenwahlen statt, deren Ergebnis für die Präsidentenwahl einen Monat später entscheidend ist. In Finnland wird das Staatsoberhaupt durch indirekte Wahl gewählt. Erst geht die Bevölkerung zur Wahlurne um 300 Elektoren - Wahlmänner - zu benennen. Der zweite Akt, der auf den 15. Februar gelegt wurde, besteht darin, daß die 300 Wahlmänner sich im Parlamentsgebäude in Helsinki versammeln, um unter den von den Parteien nominierten Präsidentenkandidaten das Staatsoberhaupt zu wählen. Zwischen Elektorenwahl und eigentlicher Präsidentenwahl finden am 4. und 5. Februar die Parlamentswahlen zum vorzeitig aufgelösten Riksdag statt. Drei hochwichtige Entscheidungen kurz nacheinander stehen somit auf der politischen Tagesordnung in Finnland. Überall im Norden und im Westen und ganz besonders im Osten werden die bevorstehenden Wahlen mit außergewöhnlichem Interesse beobachtet werden. Die Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, in dem Finnland eine innen- und außenpolitische Spannungswelle durchlebt, und wo kaum jemand - vielleicht auch nicht Chruschtschow selbst - die weitere finnisch-russische und finnisch-nordische Entwicklung voraussagen kann.

Die Bedrohung, die aus der sowjetischen Note an Finnland am 30. Oktober hervorging, ist nicht gebannt. In dieser Note, die nebenbei auch auf die übrigen nordischen Länder zielte, verlangten die Sowjets die Aufnahme von militärpolitischen Verhandlungen mit Finnland, um den russisch-finnischen Beistandspakt vom Jahre 1948 zu aktivieren. Präsident Urho Kekkonen gelang es allerdings in Novosibirsk, Chruschtschow davon abzuhalten, die unmittelbare Erfüllung dieser Forderung zu verlangen. Dies unter der Voraussetzung, daß Finnland die unveränderte Weiterführung der Neutralitätspolitik garantiere und die Entwicklung in Skandinavien "sorgfältig beobachte", damit nichts passiere, was die angebliche deutsche "Kriegsbedrohung" im Ostseeraum und Nordeuropa verschärfe. Inzwischen hatte Kekkonen das Parlament aufgelöst und Neuwah-

len ausgeschrieben. Er wollte durch vorzeitige Riksdagswahlen beweisen, daß die Außenpolitik seiner Prägung überzeugender Widerhall in der Bevölkerung findet.

Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß die Mehrzahl der finnischen Bevölkerung eine Weiterführung der bisherigen Politik Kekkonens für richtig hält. Auf der anderen Seite haben gerade die außenpolitischen Notwendigkeiten zu einer Zurückstellung, wenn nicht sogar Lähmung der normalen parteipolitischen und parlamentarischen Auseinandersetzungen in Finnland geführt. Das wurde besonders deutlich, als der Präsidentenkandidat der sozialdemokratischen und bürgerlichen Oppositionsparteien, Justizkanzler Olavi Honkka, während Kekkonens Verhandlungen in Novosibirsk seine Kandidatur aufgab. Statt Honkka haben die Sozialdemokraten einen gemäßigten Politiker, den Chefredakteur Rafael Paasio, nominiert. Weitere zwei Gegenkandidaten - der Kandidat der kommunistischen Partei Paavo Antic und Emil Skog von der linkssozialistischen Oppositionspartei - bewerben sich um die Gunst der Wähler.

Ein besonders eifriger und kostspieliger Wahlkampf wird von der Agrarpartei, deren Vorsitzender Präsident Kekkonen früher war, zusammen mit offenbar geldstarken Kekkonen-Anhängern unter der Parole geführt, Kekkonen müsse wiedergewählt werden, weil er als einziger geeignet sei, die Selbständigkeit Finnlands zu garantieren. Es geht der Kekkonen-Partei darum, eine große Wahlbeteiligung zu erzwingen, weil die besser organisierten Kommunisten sonst einen Sieg bei den Wahlen heimschleppen könnten. Das würde wiederum die Lage bei den Präsidentenwahlen am 15. Februar unsicher machen.

Neue scharfe Angriffe aus dem Rundfunk und der Presse der Sowjetunion, vor allem gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Väinö Tarnex und dessen engste Mitarbeiter, begleiten den Wahlkampf, während Kekkonen alles tut, um seine innenpolitischen Gegner zu schaden.

* * *

Angst als politischer Faktor

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Alle politischen Kräfte in Frankreich handeln gegenwärtig so, als stünde ein neuer rechtsradikaler Putsch unmittelbar bevor. Die Regierung verstärkt die Sicherheitsvorkehrungen zu beiden Seiten des Mittelmeers. Die demokratischen Links- und Mittelparteien beraten über die Aufstellung von bewaffneten Gruppen gegen die OAS. Die kommunistische Partei und ihre Gewerkschaften rufen die Bevölkerung zur Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr. Die FLN bremsen ihre Scheinverhandlungen mit Paris, als wolle sie das Resultat der innenpolitischen Explosion in Frankreich abwarten. Die OAS schließlich vervielfacht ihre Anschläge, Rauffendiebstähle und Tatenworte.

Die Angst vor dem neuen Putsch ist für die einen und für die anderen ein politisches Argument geworden. Die französische Regierung wirft der FLN vor, durch Hinauszögern der Termine die Putschgefahr zu vergrößern. Die FLN erklärt, Paris bediene sich der OAS-Drohung, um bestimmte Forderungen durchzudrücken. Die KP versucht, aus ihrer bisherigen politischen Isolation auszubrechen, um sich an die Spitze des Kampfes gegen die OAS zu stellen. Die Sozialistische Partei (SPIO) warnt vor einer Einheitsfront mit der KP, weil dadurch bürgerliche Kreise erst recht in das Lager der OAS getrieben werden könnten. Unabhängige Sozialisten und christliche Gewerkschaften erklären sich eher für ein technisches Abkommen mit den kommunistischen Gewerkschaften, zur Abwehr der Putschdrohung. Die OAS selbst versucht, ihren Kampf als "antikommunistisch" hinzustellen, um als "Retterin des Vaterlandes" dazustehen.

So gründen die einzelnen französischen Parteien gegenwärtig ihre Politik hauptsächlich auf Angstzustände und Befürchtungen. 1962 sind nicht mehr die Friedensverhandlungen mit der FLN das Hauptproblem (denk man hat sich über die wesentlichen Punkte grundsätzlich geeinigt), sondern die Rettung des Bürgerfriedens in Frankreich selbst.

* * *

Die Arbeitnehmer nahmen "Gesamt-Metall"

Bdt. - Morgen treffen sich die führenden Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber der Metall-Industrie in Wiesbaden. Gestern haben mehrere hunderttausend Arbeiter und Angestellte der Metall-Industrie auf siebzig Kundgebungen in den baden-württembergischen Städten die Arbeitgeber der Metall-Industrie des ganzen Bundesgebietes geanklagt, sich in der Auseinandersetzung darüber, ob Tarifverhandlungen zentral oder regional geführt werden sollen, nicht unachgiebig zu zeigen. Die Kundgebungen entsprechen nur dem Willen der IG-Metall, mit den Arbeitgebern ins Gespräch zu kommen. Diese haben sich bisher beharrlich geweigert, bei der Tarifverhandlungen in der bisher stets üblich gebliebenen Form - regionale Verhandlungen - zu verfahren. Auf keinen Fall stellen die Kundgebungen eine Kampfmaßnahme dar. Andererseits zeigen sie, daß bei den Arbeitnehmern die Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen vorhanden ist, sollten die Arbeitgeber "starr" bleiben.

* * *

Um Bum und die anderen

K.K. - Ein deutscher Professor bezeichnete es kürzlich als ein Merkmal des modernen Zeitalters, daß geistige Bewegungen, die einander bisher nie oder nur wenig berührt hätten, nunmehr in unmittelbare Berührung gerieten. Das Christentum etwa, so führte er aus, habe zwar im Laufe der Zeiten zahlreiche missionarische Bemühungen unternommen, stehe aber neuerdings - infolge des weltweiten Verkehrs und der intensiven Völkervermischung, die eine seiner Folgen sei - den anderen Weltreligionen unmittelbar gegenüber. Und das, so hieß es schließlich, schaffe ständige Gelegenheiten zu Vergleichen und werde eines Tages wohl auch zu neuen Verpflichtungen führen müssen.

Der Sprecher kannte den Fall des asiatischen Studenten Um Bum nicht, sonst hätte er wahrscheinlich nicht gezögert, ihm seinen Hörern als Anschauungsmaterial darzubieten.

Um Bum, wahrscheinlich Buddhist, wurde in vorgedunkelter Stunde Zeuge, wie zwei junge Burschen, offensichtlich angetrunken (in der Nähe war Kirmes), ein unschuldiges rotes Moped mit den Füßen traktierten. Er versuchte die Zerstörungswütigen von ihrem Tun abzuhalten, was ihm aber nicht gelang.

Als der Mopedbesitzer dazukam, wurde die Szene noch dramatischer. Es kam unverzüglich zu einer wilden Schlägerei. Abermals machte der Asiat alle möglichen Versuche, dem sinnlosen Streit zu beendigen. Die Folge war, daß er einige kräftige Faustschläge hinnehmen mußte.

Das wurde ihm zu bunt und er erklärte dem Schläger: "Wenn Sie schon boxen wollen ... bitte!"

Er suchte einen nahegelegenen Schulhof auf, wohin die Schläger und auch die anderen folgten, die inzwischen zusammengelaufen waren, - allesamt übrige Partei gegen den Ortsfremden nehmend.

Um Bum stellte sich zum Kampf, wurde in kurzer Zeit furchtbar zusammengeschlagen und erklärte dem Richter, vor dem er seine Aussage ohne jede Gerechtigkeit machte: "Nein bitte ... zu diesem Kampf hatte ich mein Einverständnis gegeben".

Es muß wohl noch gesagt werden, daß der Vorfall durch eine Gerichtsvorhandlung bekannt wurde, die dieser Tage vor einem Bonner Gericht abließ, wie die Stadt Bonn Schauplatz auch der vorausgegangenen Vorfälle gewesen ist. Die Einheimischen der Bundeshauptstadt sind, wie zu vermuten ist, ausnahmslos Anhänger jener Weltreligion, die neuerdings dem Vergleich mit Geisteshaltungen anderer Art ausgesetzt ist.